

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Martina Bunge, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/9035 –**

Haltung der Bundesregierung zur Vergabe von Mitteln zur Beschäftigungsförderung an Arbeitgeber und Unternehmen der freien Wirtschaft

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit dem 1. April 2008 stehen die Leistungen der Beschäftigungsförderung nach § 16a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) grundsätzlich allen Arbeitgebern und Unternehmen unterschiedslos zur Verfügung. Bisher war diese Beschäftigungsförderung zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit nur möglich, wenn sie von Trägern durchgeführt wurde. Die ursprüngliche Intention bestand nicht darin, einen weiteren Beschäftigungszuschuss für Unternehmen zu schaffen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen (JobPerspektive) – vom 10. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2326) wurde ein Vorschlag der Koalitionsarbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ umgesetzt. Das Gesetz ist zum 1. Oktober 2007 in Kraft getreten und sieht Leistungen zur Beschäftigungsförderung nach § 16a SGB II für Arbeitgeber vor.

Da nicht ausgeschlossen werden konnte, dass die Europäische Kommission die Leistungen zur Beschäftigungsförderung als Beihilfe einstuft, wurde bei der Europäischen Kommission ein Notifizierungsantrag mit dem Ziel der Einstufung als allgemeine Maßnahme gestellt. Bis zum 31. März 2008 galt daher eine gesetzliche Übergangsregelung gemäß § 71 Abs. 1 SGB II, nach der nur zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten förderfähig sind, die von Trägern durchgeführt werden.

Die Europäische Kommission hat mit Schreiben vom 19. März 2008 zu den Leistungen zur Beschäftigungsförderung entschieden, dass es sich um eine allgemeine Maßnahme handelt, die keine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 87 Abs. 1 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) darstellt.

Seit dem 1. April 2008 stehen damit die Leistungen zur Beschäftigungsförderung unter den gesetzlich vorgesehenen Voraussetzungen grundsätzlich allen Arbeitgebern und Unternehmen unterschiedslos zur Verfügung.

Intention des Gesetzgebers und der Bundesregierung ist es, langzeitarbeitslosen Arbeitslosengeld-II-Beziehern mit besonders schweren Vermittlungshemmnissen, die auf absehbare Zeit keine Chance haben, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz zu finden, und die ansonsten dauerhaft auf Arbeitslosengeld II angewiesen wären, eine längerfristige bzw. dauerhafte Perspektive zur Teilnahme am Erwerbsleben zu eröffnen.

1. Liegen der Bundesregierung Angaben darüber vor, in welchem Umfang das Instrument des Beschäftigungszuschusses gemäß § 16a SGB II bis zum 31. März 2008 bei den einzelnen Trägern der Grundsicherung für Arbeitslose in Anspruch genommen wurde?

Wenn keine Angaben darüber vorliegen, warum nicht?

Nach vorläufigen statistischen Angaben der Bundesagentur für Arbeit (ohne Förderinformationen der zugelassenen kommunalen Träger) wurden bis einschließlich des Monats März 2008 insgesamt 1 844 Beschäftigungsverhältnisse mit Leistungen zur Beschäftigungsförderung nach § 16a SGB II gefördert. Die Angaben zu den einzelnen Grundsicherungsstellen und Arbeitsagenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung sind der Anlage 1 zu entnehmen.

2. Wie viele potentiell förderfähige Personen wurden durch die einzelnen Träger der Grundsicherung bis zum 31. März 2008 ermittelt?

Der Bundesregierung liegen hierüber zurzeit keine Daten vor. Eine Poolbildung der potentiell förderfähigen Personen wird nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit angestrebt, um in absehbarer Zeit zumindest Näherungszahlen ermitteln zu können.

3. Welches sind neben Langzeitarbeitslosigkeit, Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit die Auswahlkriterien, nach denen Leistungsbezieherinnen und -bezieher in den Kreis der förderfähigen Personen aufgenommen werden?

Neben Langzeitarbeitslosigkeit, Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit müssen gemäß § 16a Abs. 1 Nr. 1 SGB II u. a. mindestens zwei weitere in der Person liegende Vermittlungshemmnisse vorliegen. Gemäß § 16a Abs. 1 Nr. 2 SGB II muss der erwerbsfähige Hilfebedürftige auf der Grundlage einer Eingliederungsvereinbarung für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten betreut worden sein und Eingliederungsleistungen erhalten haben. Darin drückt sich das „Prinzip der zwei Chancen“ aus. Die erste und vorrangige Chance besteht in einer Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt unter Nutzung der intensiven Aktivierungsphase mit einer Mindestdauer von sechs Monaten. Sollte eine Integration innerhalb der Aktivierungsphase nicht möglich sein, besteht die zweite Chance darin, eine Integration unter Nutzung der Leistungen zur Beschäftigungsförderung gemäß § 16a SGB II zu verwirklichen.

4. Wie wird sichergestellt, dass alle förderfähigen Leistungsbezieherinnen und -bezieher von der Aktivierungsphase nach § 16a SGB II profitieren können?

Die Leistungen zur Beschäftigungsförderung gemäß § 16a SGB II sind eine gesetzliche (Ermessens-)Leistung im SGB II. Gemäß § 14 SGB II haben die Grundsicherungsstellen die gesetzliche Aufgabe, erwerbsfähige Hilfebedürftige mit dem Ziel der Eingliederung in Arbeit umfassend zu unterstützen. Hierfür erbringen sie unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit alle im Einzelfall für die Eingliederung in Arbeit erforderlichen Leistungen. Die Aktivierung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger war – und ist nach wie vor – bereits vor der Einführung der Leistungen zur Beschäftigungsförderung zum 1. Oktober 2007 eine wichtige Aufgabe der Grundsicherungsstellen. Der Gesetzgeber hat jedoch durch die zwingend erforderliche Aktivierungsphase gemäß § 16a Abs. 1 Nr. 2 SGB II deren Bedeutung für besonders arbeitsmarktferne Personen im Sinne des in der Antwort zu Frage 3 genannten „Prinzips der zwei Chancen“ noch einmal hervorgehoben.

5. Ab 1. April 2008 können Unternehmen den Beschäftigungszuschusses gemäß § 16a SGB II nutzen; entfällt damit für Arbeitgeber der freien Wirtschaft die Versicherungspflicht zur Arbeitslosenversicherung, und wenn ja, warum?
6. Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, dass trotz unter Umständen unbefristeter Erwerbstätigkeit in Vollzeit, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Aufbau eines eigenständigen Anspruches auf Arbeitslosengeld I verweigert wird?

Antwort zu den Fragen 5 und 6:

Für alle Beschäftigungen, die nach der Einführung der Leistungen zur Beschäftigungsförderung zum 1. Oktober 2007 gemäß § 16a SGB II mit einem Beschäftigungszuschuss gefördert werden, entfällt nach dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers gemäß § 27 Abs. 3 Nr. 6 SGB III die Versicherungspflicht zur Arbeitslosenversicherung. Mit der Versicherungsfreiheit von Beschäftigungen in der Arbeitslosenversicherung sollen Fehlanreize vermieden werden. Es steht nicht der Aufbau neuer Versicherungsansprüche auf Arbeitslosengeld nach dem SGB III im Vordergrund, sondern die längerfristige, gegebenenfalls dauerhafte Beschäftigung; so genannte Drehtüreffekte sollen vermieden werden.

7. Hat die Bundesregierung die Absicht, diesem Kreis der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zukünftig den Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung zu ermöglichen, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, Hilfebedürftigen, die sich in einem nach § 16a SGB II geförderten Beschäftigungsverhältnis befinden, die Möglichkeit zur freiwilligen Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung zu eröffnen.

Die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung besteht nur für Personen, die unmittelbar vor und innerhalb von 24 Monaten vor Aufnahme der Tätigkeit, die zur freiwilligen Weiterversicherung berechtigt, mindestens 12 Monate in einem Versicherungspflichtverhältnis gestanden oder Entgeltersatzleistungen nach dem SGB III bezogen haben. Die Hilfebedürftigen, die einer nach § 16a SGB II geförderten Beschäftigung nachgehen, erfüllen diese Voraussetzungen nicht.

Im Übrigen ist die Möglichkeit der Einbeziehung der geförderten Beschäftigung in die freiwillige Weiterversicherung auch deshalb abzulehnen, weil dies im Ergebnis bedeuten würde, dass ein Anspruch auf Arbeitslosengeld aus Steuermitteln aufgebaut werden könnte. Denn der Beschäftigungszuschuss wird aus Bundes- und damit aus Steuermitteln finanziert. Nur dieser Zuschuss ermöglicht die Beschäftigung der ansonsten voraussichtlich nicht in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelbaren Personen.

Ausgewählte Arbeitsmarktpolitische Instrumente

BEZ Beschäftigungszuschuss nach ARGE/AAGAw

Datenstand: März 2008

SGB Träger	Zugang			Bestand		
	Januar 2008 ¹⁾	Februar 2008 ¹⁾	März 2008 ¹⁾	Januar 2008 ¹⁾	Februar 2008 ¹⁾	März 2008 ¹⁾
Arbeitsgemeinschaften (ARGE)	443	284	574	939	1.209	1.764
03102 ARGE Neubrandenburg, Stadt	4	*	-	4	5	5
03110 ARGE Mecklenburg-Strelitz	*	-	6	5	5	11
03116 ARGE Uecker-Randow	5	6	4	5	11	15
03122 ARGE Müritz	3	*	9	5	7	16
03202 ARGE Rostock, Hansestadt	*	*	*	*	3	4
03208 ARGE Güstrow	*	-	*	*	*	3
03302 ARGE Schwerin, Landeshauptstadt	*	-	-	3	3	3
03304 ARGE Wismar, Hansestadt	-	3	-	-	3	3
03308 ARGE Ludwigslust	-	-	*	-	*	*
03314 ARGE Nordwestmecklenburg	-	-	4	-	-	4
03324 ARGE Parchim	-	-	*	-	-	*
03406 ARGE Rügen	*	*	*	3	5	7
03408 ARGE Nordvorpommern	*	5	9	*	7	16
03504 ARGE Elbe-Elster	-	*	14	14	16	14
03702 ARGE Frankfurt (Oder), Stadt	-	-	*	*	*	*
03708 ARGE Märkisch-Oderland	*	*	-	*	*	*
03804 ARGE Prignitz	*	-	-	*	*	*
03826 ARGE Havelland	-	-	-	5	5	5
03908 ARGE Teltow-Fläming	*	3	-	*	5	5
04202 ARGE Dessau, Stadt	-	-	*	*	*	*
04402 ARGE Halle (Saale), Stadt	4	*	-	17	18	20
04406 ARGE Anhalt-Bitterfeld	*	-	-	*	*	*
04506 ARGE Jerichower Land	*	-	*	*	*	3
04514 ARGE Bördekreis	*	-	22	*	*	23
04802 ARGE Stendal	9	15	4	22	37	41
04902 ARGE Wittenberg	60	*	*	60	61	61
07106 ARGE Mittlerer Erzgebirgskreis	-	-	*	-	-	*
07204 ARGE Görlitz, Stadt	*	*	*	3	4	5
07302 ARGE Chemnitz, Stadt	*	-	-	*	*	*
07306 ARGE Mittweida	*	-	-	*	*	*
09202 ARGE Zwickau, Stadt	-	*	-	-	*	*
09302 ARGE Erfurt, Stadt	-	-	3	-	-	3
09304 ARGE Ilm-Kreis	*	11	9	*	13	22
09312 ARGE Weimar	3	4	3	3	7	10
09408 ARGE Greiz	-	-	*	-	*	*
09414 ARGE Saale-Orla-Kreis	-	*	3	*	3	6
09502 ARGE Gotha	-	-	-	3	3	3
09506 ARGE Unstrut-Hainich-Kreis	3	-	-	3	3	3
09606 ARGE Saale-Holzland-Kreis	-	-	-	*	*	*
09614 ARGE Saalfeld-Rudolstadt	-	-	-	3	3	3
09702 ARGE Nordhausen	5	*	*	5	6	7
09804 ARGE Hildburghausen	-	-	3	-	-	3
09810 ARGE Wartburgkreis	-	-	16	*	*	18
11116 ARGE Herzogtum Lauenburg	6	*	-	8	10	10
11502 ARGE Pinneberg	*	-	4	*	*	5
11902 ARGE Flensburg, Stadt	-	-	-	-	-	*
13912 ARGE Rendsburg-Eckernförde	*	-	-	3	3	3
21404 ARGE Bremen, Stadt	3	*	16	5	6	22
21706 ARGE Bremerhaven, Stadt	-	-	6	-	-	6
22402 ARGE Emden, Stadt	-	*	-	-	*	*
22406 ARGE Norden	*	-	3	*	*	5
22702 ARGE Goslar	-	-	-	-	*	*
23106 ARGE Northeim	*	-	-	*	*	*
23406 ARGE Holzminden	-	-	*	*	*	3
23410 ARGE Schaumburg	6	-	-	6	6	6
24112 ARGE Gifhorn	4	*	3	4	6	9
24114 ARGE Wolfsburg, Stadt	6	*	-	6	8	8
24402 ARGE Hildesheim	*	*	-	3	5	5
25404 ARGE Nienburg (Weser)	-	-	-	*	*	*
26104 ARGE Delmenhorst, Stadt	3	-	*	3	3	4
26106 ARGE Oldenburg (Oldenburg), Stadt	6	3	*	7	10	11
26402 ARGE Osnabrück, Stadt	8	*	6	14	16	22
26702 ARGE Stade	*	*	-	3	4	4
26704 ARGE Cuxhaven	-	-	3	-	*	4
27708 ARGE Diepholz	4	*	*	4	4	5
31102 ARGE Aachen, Stadt	12	3	*	12	15	17
31108 ARGE Aachen	-	-	*	-	-	*
31302 ARGE Warendorf	-	3	*	-	3	4
31502 ARGE Leverkusen, Stadt	-	-	7	*	*	8
31504 ARGE Oberbergischer Kreis	-	*	4	*	3	7

Ausgewählte Arbeitsmarktpolitische Instrumente

BEZ Beschäftigungszuschuss nach ARGE/AAGaw

Datenstand: März 2008

SGB Träger	Zugang			Bestand		
	Januar 2008 ¹⁾	Februar 2008 ¹⁾	März 2008 ¹⁾	Januar 2008 ¹⁾	Februar 2008 ¹⁾	März 2008 ¹⁾
31506 ARGE Rheinisch-Bergischer Kreis	3	-	*	4	4	5
31704 ARGE Bielefeld, Stadt	-	3	*	-	3	5
31722 ARGE Gütersloh	3	-	5	7	7	12
32102 ARGE Bochum, Stadt	12	10	3	52	55	57
32112 ARGE Herne, Stadt	*	*	*	*	*	3
32302 ARGE Bonn, Stadt	*	-	-	*	*	*
32502 ARGE Rhein-Erft-Kreis	7	*	*	9	10	12
33302 ARGE Dortmund, Stadt	3	-	11	23	23	34
33702 ARGE Düsseldorf, Stadt	14	-	*	14	14	15
33732 ARGE Mettmann	*	*	3	*	3	6
34502 ARGE Gelsenkirchen, Stadt	*	*	3	*	*	5
34506 ARGE Bottrop, Stadt	4	-	-	4	4	4
35302 ARGE Herford	*	-	3	6	8	11
35502 ARGE Märkischer Kreis	*	-	9	*	*	10
35702 ARGE Köln, Stadt	7	7	*	7	14	16
36102 ARGE Krefeld	*	-	-	*	*	*
36108 ARGE Viersen	-	15	7	-	15	22
36502 ARGE Mönchengladbach, Stadt	16	16	10	28	44	54
36504 ARGE Rhein-Kreis Neuss	14	*	-	20	21	21
36702 ARGE Münster, Stadt	6	-	5	7	9	14
37106 ARGE Oberhausen, Stadt	-	-	-	*	*	*
37302 ARGE Paderborn	8	9	*	19	28	30
37502 ARGE Recklinghausen	9	10	10	17	27	37
38104 ARGE Olpe	*	-	-	5	5	5
38302 ARGE Soest	-	*	4	*	*	6
38506 ARGE Solingen, Stadt	-	*	-	-	*	*
38702 ARGE Wesel	-	3	4	-	3	7
39102 ARGE Wuppertal, Stadt	*	4	-	*	6	6
41510 ARGE Groß-Gerau	-	-	-	-	*	*
43502 ARGE Kassel, documenta-Stadt	*	-	-	5	5	5
43504 ARGE Kassel	-	-	*	-	-	*
45502 ARGE Lahn-Dill-Kreis	4	4	*	5	9	10
51102 ARGE Bad Kreuznach	-	-	7	-	-	7
51502 ARGE Donnersbergkreis	*	-	5	*	*	6
51506 ARGE Kaiserslautern, Stadt	*	-	-	*	*	*
52308 ARGE Deutsche Weinstraße	-	-	-	5	5	5
52704 ARGE Alzey-Worms	-	-	*	-	-	*
52706 ARGE Mainz, Stadt	-	*	-	-	*	*
53502 ARGE Rhein-Lahn-Kreis	*	-	-	*	*	*
53504 ARGE Westerwaldkreis	*	*	-	*	3	3
53902 ARGE Neunkirchen	*	-	-	*	*	*
54302 ARGE Germersheim	*	*	-	*	*	*
54308 ARGE Landau-Südliche Weinstraße	-	-	*	-	-	*
54702 ARGE Altenkirchen (Westerwald)	-	*	-	6	7	7
54708 ARGE Neuwied	*	*	-	6	7	7
55102 ARGE Pirmasens, Stadt	-	-	-	*	*	*
55502 ARGE Stadtverband Saarbrücken	-	-	-	*	*	*
61108 ARGE Heidenheim	-	-	-	-	-	*
61402 ARGE Zollernalbkreis	-	*	-	-	*	*
61406 ARGE Sigmaringen	*	-	-	*	*	*
61704 ARGE Emmendingen	*	4	-	3	7	9
61706 ARGE Freiburg im Breisgau, Stadt	15	4	*	15	19	20
62102 ARGE Esslingen	-	-	*	-	-	*
62106 ARGE Göppingen	*	-	*	*	*	3
62402 ARGE Heidelberg, Stadt	-	*	-	-	*	*
62704 ARGE Heilbronn	-	-	*	-	-	*
63102 ARGE Karlsruhe, Stadt	12	4	-	12	16	16
63402 ARGE Konstanz	*	-	-	-	*	*
63702 ARGE Lörrach	*	*	-	*	*	*
65702 ARGE Baden-Baden, Stadt	-	-	*	-	*	*
65704 ARGE Rastatt	*	-	-	*	*	*
67102 ARGE Rems-Murr-Kreis	-	-	*	*	*	4
67702 ARGE Stuttgart, Landeshauptstadt	*	-	-	58	58	58
68102 ARGE Main-Tauber-Kreis	*	-	-	*	*	*
71104 ARGE Ansbach	-	-	*	-	-	*
71502 ARGE Aschaffenburg, Stadt	-	*	-	*	4	4
71504 ARGE Aschaffenburg	-	-	-	6	6	6
71902 ARGE Bamberg, Stadt	*	-	-	3	3	3
71904 ARGE Bamberg	-	*	8	-	*	9
71906 ARGE Forchheim	-	-	*	-	-	*
72302 ARGE Bayreuth, Stadt	-	-	*	*	*	*
72304 ARGE Bayreuth	*	-	3	3	3	6
72306 ARGE Kulmbach	*	*	3	*	3	6
72704 ARGE Coburg	-	-	*	-	-	*

Ausgewählte Arbeitsmarktpolitische Instrumente

BEZ Beschäftigungszuschuss nach ARGE/AAGAw

Datenstand: März 2008

SGB Träger	Zugang			Bestand		
	Januar 2008 ¹⁾	Februar 2008 ¹⁾	März 2008 ¹⁾	Januar 2008 ¹⁾	Februar 2008 ¹⁾	März 2008 ¹⁾
72706 ARGE Kronach	-	*	-	-	*	*
72708 ARGE Lichtenfels	-	*	-	-	*	*
73102 ARGE Hof, Stadt	-	*	-	-	*	*
73110 ARGE Wunsiedel im Fichtelgebirge	-	*	-	-	*	*
73508 ARGE Fürth, Stadt	7	-	-	7	8	8
73514 ARGE Nürnberg, Stadt	-	*	-	-	*	3
73522 ARGE Nürnberger Land	*	*	-	3	3	4
73902 ARGE Neumarkt idOPf	*	*	8	*	*	10
73904 ARGE Regensburg, Stadt	-	-	3	-	-	3
73906 ARGE Regensburg	5	*	*	5	7	8
74302 ARGE Amberg-Weizbach	6	*	6	6	7	13
74306 ARGE Cham	3	*	10	12	14	24
74308 ARGE Schwandorf	-	*	-	-	*	*
74702 ARGE Bad Kissingen	*	*	-	*	*	*
74704 ARGE Haßberge	*	6	4	*	8	12
74706 ARGE Rhön-Grabfeld	4	*	-	4	6	6
75502 ARGE Weißenburg-Gunzenhausen	-	-	-	3	3	3
75906 ARGE Würzburg, Stadt	6	*	*	13	14	16
81102 ARGE Aichach-Friedberg	-	*	-	-	*	*
81104 ARGE Augsburg, Stadt	*	*	-	*	*	*
81502 ARGE Deggendorf	-	6	10	4	10	20
81504 ARGE Regen	-	-	-	*	*	*
82704 ARGE Ingolstadt, Stadt	-	-	-	5	5	5
82708 ARGE Pfaffenhofen a.d. Ilm	-	*	-	-	*	*
83102 ARGE Kaufbeuren, Stadt	-	*	-	-	*	*
83106 ARGE Lindau (Bodensee)	5	*	-	5	7	7
83502 ARGE Dingolfing-Landau	*	-	-	*	*	*
83504 ARGE Landshut, Stadt	4	-	-	4	4	4
83908 ARGE Unterallgäu	-	-	-	-	-	-
84302 ARGE Dachau	-	-	-	-	*	*
84308 ARGE München, Landeshauptstadt	-	5	16	-	5	21
84702 ARGE Freyung-Grafenau	*	*	-	*	*	*
84706 ARGE Passau	-	-	-	-	-	-
85102 ARGE Altötting	-	*	-	-	*	*
85106 ARGE Rottal-Inn	*	*	*	*	3	4
85902 ARGE Berchtesgadener Land	-	*	-	-	*	*
85904 ARGE Traunstein	*	*	*	*	*	3
92202 ARGE Neukölln	5	-	3	54	54	57
92204 ARGE Treptow-Köpenick	-	-	25	-	-	25
94402 ARGE Steglitz-Zehlendorf	-	6	*	16	15	16
95502 ARGE Charlottenburg-Wilmersdorf	-	-	127	-	-	127
95504 ARGE Pankow	-	20	21	36	56	77
96202 ARGE Friedrichshain-Kreuzberg	-	-	-	34	34	34
96404 ARGE Lichtenberg	16	8	5	58	66	70
Getrennte Trägerschaft (gT)	20	20	17	43	63	80
07002 gT Altenburger Land	*	-	-	13	13	13
09814 gT Schmalkalden-Meiningen	-	-	4	*	*	5
26110 gT Wesermarsch	*	-	-	3	4	4
27102 gT Lüchow-Dannenberg	-	*	*	-	*	*
27104 gT Uelzen	-	-	-	-	-	*
62404 gT Rhein-Neckar-Kreis	7	-	5	10	17	22
62702 gT Heilbronn, Stadt	-	4	-	-	4	4
63108 gT Karlsruhe	3	5	*	3	8	9
64708 gT Freudenstadt	-	-	-	-	-	*
65404 gT Enzkreis	*	-	-	*	*	*
66102 gT Ravensburg	4	*	*	8	9	10
68404 gT Alb-Donau-Kreis	-	-	-	-	*	*
81512 gT Straubing, Stadt	-	-	-	-	*	-
81512 gT Straubing-Bogen	-	-	-	-	-	*
84704 gT Passau, Stadt	*	-	-	*	-	*

Erstellungsdatum: 07.04.2008 - Produzierende Stelle: DZ FST

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Daten am aktuellen Rand sind vorläufig, nicht hochgerechnet. Endgültige Werte zur Förderung stehen erst nach einer Wartezeit von drei Monaten fest.

Hier dargestellt sind nur Ergebnisse auf Basis der Förderdaten aus den BA-Systemen, ohne Förderinformationen zugelassener kommunaler Träger.

Daten aus der Statistik sind Sozialdaten (§ 35 SGB I) und unterliegen dem Sozialdatenschutz gem. § 16 BStatG.

Aus diesem Grund werden Zahlenwerte kleiner 3 mit * anonymisiert.

